

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

F/XXIV/41

Bonn, den 28. Februar 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 - 1a Eine erste Bilanz 60

Nach dem Deutschlandbesuch des amerikanischen Präsidenten

2 - 3 Warten auf Frankreich? 64

Neue Impulse für ein Europäisches Jugendwerk sind nötig!

Von Peter Corterier,
Bundesvorsitzender der Jungsozialisten in der SPD

4 Meeresforschung 47

Die Bundesrepublik muß noch viel aufholen

5 - 6 Griechenlands Junta in einer politischen Sackgasse 63

Die ausgediente "Linke" wird gefeuert

Von Dr. Basil P. Mathiopoulos

Eine erste Bilanz

Nach dem Deutschlandbesuch des amerikanischen Präsidenten

G.M. - Vorbehaltlich der Überraschungen, die dem amerikanischen Präsidenten möglicherweise noch bei seinem Besuch in Paris bevorstehen, darf wohl schon jetzt gesagt werden, daß Nixons Europa-Reise für die weitere politische Entwicklung sowohl der europäisch-amerikanischen Beziehungen als auch des Ost-West-Verhältnisses von größter Bedeutung sein dürfte.

In der Bundesrepublik Deutschland und in Westberlin ist dem amerikanischen Präsidenten ein besonders herzlicher Empfang zuteil geworden. Sicher hat er hier gespürt, daß die deutsch-amerikanische Freundschaft ein fester Bestandteil unserer Politik ist. Bei allen seinen Gesprächen in Bonn und Westberlin konnte Nixon glaubhaft den Eindruck vermitteln, er sei nach Europa gekommen, um ganz allgemein einen Prozeß notwendiger Konsultationen zwischen Bündnispartnern über eine gemeinsame Politik einzuleiten. Hierfür gebührt dem amerikanischen Präsidenten Dank.

Es hat sich bei den Konsultationen in Bonn und Berlin gezeigt, daß Nixon ein sehr guter Zuhörer ist. Keiner seiner deutschen Gesprächspartner mußte annehmen, der amerikanische Präsident wolle ihm eine vorgefaßte Meinung aufdrängen; jeder trennte sich von ihm in dem Bewußtsein, mit einem hervorragend informierten Mann gesprochen zu haben, dessen Einfühlungsvermögen und schnelle Reaktionen dem ehrlichen Wunsch zur vorbehaltlosen Zusammenarbeit Ausdruck gaben.

Die von Nixon in der Öffentlichkeit gehaltenen Reden sind bekannt. Sie enthielten alle das Bekenntnis zu einer Politik der Bewahrung unserer aller Freiheit und der Sicherung des Friedens. Für Nixon ist die Voraussetzung für die Realisierung einer solchen Politik die Stärkung des Atlantischen Bündnisses, die Fortsetzung des europäischen Integrationsprozesses und - von dieser Basis ausgehend - der Versuch, mit der anderen Weltmacht UdSSR zu dauerhaften Vereinbarungen

Über die Sicherung des Friedens zu gelangen.

Es mag sein, daß hier und dort Stimmen laut werden, die sagen, dieses Programm sei nicht neu. Jeder kluge Politiker der westlichen Welt habe auch schon früher ähnliches gesagt und gewollt.

Erstens ist das nicht ganz richtig, denn es ist noch nicht allzu lange her, da westliche Politiker meinten, sie könnten mit der kommunistischen Welt fertig werden, indem sie einen "antibolschewistischen Kreuzzug" inszenieren.

Zweitens ist im östlichen Machtbereich das Bewußtsein gewachsen, daß sich die westliche Welt nicht auseinander dividieren lassen will; nicht einmal in Europa, wo eine Fülle von Schwierigkeiten den Integrationsprozeß hemmt.

Diese zweite Komponente im neuen Anlauf um die Versachlichung des Ost-West-Verhältnisses dürfte für Nixons Überlegungen entscheidend sein. Jedenfalls hat der amerikanische Präsident seine europäischen Gesprächspartner nicht im Zweifel darüber gelassen, daß er einen Kurs der Versachlichung in den Beziehungen zwischen Washington und Moskau zu steuern gedenkt.

Für den Erfolg oder Mißerfolg einer solchen Politik, die sicher von der überwältigenden Mehrheit der Menschen im freien Europa geteilt wird, dürfte entscheidend sein, ob die Europäer instande sind, mit ihren eigenen Schwierigkeiten möglichst bald fertig zu werden. Ein Amerika, das mit zerstrittenen Europäern rechnen müßte, könnte kaum in der Lage sein, die von Nixon während seiner Europa-Reise entwickelte Konzeption einer weltweiten Befriedungspolitik zu realisieren.

Deshalb ist es eine Lebensfrage des freien Europa, daß die Regierungen der europäischen Staaten sich sehr bald darüber klar werden, in welcher Weise sie ihre eigene Politik auf die Sehnsucht von abermillionen Menschen in Ost und West nach Sicherung des Friedens abstimmen können. Gemeinsam mit der Regierung der Vereinigten Staaten sollte es möglich sein, dieses große Werk in Angriff zu nehmen.

Warten auf Frankreich?

Neue Impulse für ein Europäisches Jugendwerk sind nötig!

Von Peter Corterier,
Bundesvorsitzender der Jungsozialisten in der SPD

Vor fünf Jahren gab das Projekt sein Debüt auf der parlamentarischen Bühne. Auf Antrag der Sozialdemokraten bekannten sich alle Parteien in einer Plenarsitzung des Bundestages zur Schaffung eines Europäischen Jugendwerkes. Das Ergebnis dieser Debatte und der anschließenden Ausschußberatungen: Die Bundesregierung wurde u.a. aufgefordert, im Ministerrat des Europarates die Schaffung eines alle Mitgliedstaaten oder einen Teil derselben umfassenden Europäischen Jugendwerkes zu empfehlen.

Seitdem kann man dem Europäischen Jugendwerk immer wieder begegnen - freilich nur in Resolutionen der Parlamente und der Jugendverbände. Während sich das vor fünf Jahren gegründete Deutsch-französische Jugendwerk erfreulich entwickelte und auch durch eine öffentlich vorübergehende zehnprozentige Mittelkürzung nicht ernsthaft gefährdet ist, sind die Bemühungen um das Europäische Jugendwerk jetzt in einer Sackgasse gelandet. Zwar hatten sich das Europäische Parlament und der Europarat inzwischen für die Schaffung dieses Jugendwerkes ausgesprochen; aber auch das ist schon etwa drei Jahre her. Nationale und internationale Jugendorganisationen haben wiederholt und mit allem Nachdruck auf die Verwirklichung des Europäischen Jugendwerkes gedrängt; sie haben dazu auch konkrete Vorschläge gemacht.

In den letzten Jahren konzentrierten sich vor allem die deutschen Bemühungen darauf, das Europäische Jugendwerk im Rahmen der Europäischen Gemeinschaften zu starten. Man hielt es offensichtlich für einfacher, zunächst sechs statt 18 Regierungen unter einen Hut zu bringen und sich an bestehende Gemeinschaftsstrukturen anlehnen zu können. Die enge Zusammenarbeit mit den anderen Mitgliedstaaten des Europarates sollte dadurch keineswegs ausgeschlossen werden. Der Deutsche Bundestag

präzisierte vor zwei Jahren diese Tendenz zu einem bindenden Auftrag an die Bundesregierung, wonach die Gründungsinitiative zu einem Europäischen Jugendwerk von den sechs Regierungen der Europäischen Gemeinschaft ausgehen soll, durch die alle Länder des Europarates eingeladen werden, an der Errichtung des Jugendwerkes mitzuwirken. Seitdem ist nichts erreicht worden

- * Eine von der Bundesregierung schon für den Herbst 1967 geplante
- * Konferenz von Regierungsvertretern, auf der über Voraussetzungen
- * und Möglichkeiten zur Schaffung des Jugendwerkes gesprochen
- * werden sollte, ist bis auf den heutigen Tag nicht zustande ge-
- * kommen, und es sieht nicht so aus, als ob sie in nächster Zeit
- * zustande käme.

Die Schuld daran dürfte vor allem bei der französischen Regierung zu suchen sein. Sicherlich haben auch andere Regierungen und nationale Parlamente es an Energie fehlen lassen, sicherlich gibt es gerade jetzt dringendere Probleme auf der europäischen Tagesordnung. Doch sollte man sich in den europäischen Hauptstädten - auch in Bonn - hüten, das Europäische Jugendwerk weiterhin auf die lange Bank zu schieben.

Frankreichs Befürchtungen, daß ein Europäisches Jugendwerk auf Kosten des Deutsch-Französischen Jugendwerkes gehen könnte, können ausgeräumt werden und sind wohl auch schon ausgeräumt worden. Sollte die französische Regierung sich auch weiterhin weigern, auch nur an multilateralen Konsultationen teilzunehmen, so darf das für die Bundesregierung kein Anlaß sein, das Projekt weiterhin schlummern zu lassen. Die Jugendverbände, deren Beteiligung man zunächst nur sehrögernd - wenn überhaupt - akzeptierte, werden es an neuen Initiativen zweifellos nicht fehlen lassen. Doch können sie ohne die aktive Unterstützung der Regierungen letzten Endes das Ziel nicht erreichen.

Da Paris blockiert, kann das Jugendwerk über den leichteren Weg der Sechsergemeinschaft vorerst nicht verwirklicht werden. Die Jungsozialisten sind in dieser Situation der Meinung, daß jetzt mit aller Energie versucht werden sollte, im Zusammenwirken der dazu bereitwilligen Regierungen und Jugendverbände die Grundlagen für ein Europäisches Jugendwerk zu schaffen. In Frankreich kann man sich dann immer noch entscheiden, ob man mitmachen will oder nicht. Doch sollten unsere französischen Freunde nicht von uns verlangen, daß wir auf sie warten.

Meeresforschung

Die Bundesrepublik muß noch viel aufholen

re. - Als Teil der internationalen "Atlantischen Expedition 1969" unternehmen die deutschen Forschungsschiffe "Meteor" und "Planet" gemeinsam mit den Spezialschiffen "Hydra" (England) und "Discover" (USA) eine Forschungsreise durch den Nordatlantik. Sie wickeln das "Atlantische Passat-Experiment" (Apex) ab. Zum ersten Mal wird die Atmosphäre in wissenschaftlich konzentrierter Form über dem Atlantik untersucht. Es geht dabei unmittelbar um Erkenntnisse für die langfristigen Wettervoraussagen.

Die Expedition wird von der Deutschen Forschungsgemeinschaft finanziert. Professor Brocks, der Direktor des Meteorologischen Instituts der Hamburger Universität leitet das Unternehmen. Die "Meteor" und die "Planet" sind vor ihrer Ausreise mit neuen Spezialgeräten ausgerüstet worden. Bei den wissenschaftlichen Arbeiten, die bis Mitte Mai dauern, werden deutsche Wissenschaftler mit Hubschraubern auf hoher See ausgewechselt. Die "Meteor" hat 24 und die "Planet" 15 Arbeitsplätze. Es handelt sich um Spezialisten.

Es geht bei den wissenschaftlichen Untersuchungen auch um den Strahlungsaustausch zwischen der Meeresoberfläche und der Atmosphäre. Es sollen Erkenntnisse über die Ionosphäre bis 400 Kilometer Höhe in diesem Jahr gewonnen werden, das als Jahr starker Sonnenflecken-tätigkeit gilt. Man wird luftchemische Untersuchungen vornehmen, um atmosphärische Spurengase feststellen zu können.

Die Bundesrepublik Deutschland liegt jetzt im Sektor Meeresforschung auf gleicher Höhe mit Frankreich und Großbritannien. Sie hat dank der starken Investitionen der Bundesregierung Anschluß an die weltweite Meeresforschung erhalten. 1962 waren auf diesem Sektor 221 Wissenschaftler und 33 Techniker tätig. 1967 waren es bereits 527 dieser Experten.

Gemessen an Ausrüstung und Wissenschaftlerbestand der USA und der Sowjetunion auf dem Gebiet der Meeresforschung liegt die Bundesrepublik jedoch noch weit zurück. Wenn es auch nicht ihre Aufgabe sein kann, Anschluß an diese beiden Großmächte zu erhalten, so sind doch noch weitere Ausgaben notwendig, um auf dem modernen Stand zu bleiben. So wird man in absehbarer Zeit ein Forschungsschiff von etwa 800 BRT für die wissenschaftliche Untersuchung der Nordsee und des Nordatlantiks bauen müssen. Die beiden Forschungskutter sind veraltet. Sie müßten ersetzt werden und ein weiterer Kutter wäre vonnöten. Schließlich geht es darum, bei den deutschen Hochschulinstituten für Meeresforschung noch etwa 150 Wissenschaftler und Techniker einzustellen.

Die Meeresforschung ist keine nationale Angelegenheit mehr. Immer stärker arbeiten die großen Seemächte zusammen. Dabei kann und darf die Bundesrepublik nicht fehlen. Die Meeresforschung ist ebenso wichtig, wie die Weltraumforschung. Sie bringt sehr schnell unmittelbare Ergebnisse etwa im Bereich des nationalen Fischfangs, der langfristigen Wettervoraussage oder der Gewinnung von Bodenschätzen aus dem Meeresgrund.

Griechenlands Junta in einer politischen Sackgasse

Die ausgediente "Linke" wird gefeuert

Von Dr. Basil P. Mathiopoulos

Man kann nicht mehr von einem politischen Leben in Griechenland sprechen. Eine Handvoll Offiziere entscheidet willkürlich, ohne jede Beschränkung, unter Mißachtung der Öffentlichkeit und des Parlaments, die ausgeschaltet, und der Parteien, die verboten wurden. Aber selbst die elementarste politische Entwicklung innerhalb der Junta ist in eine Sackgasse geraten.

Ein Gruppe von Opportunisten, frühere Kommunisten und sogenannten Sozialisten, hatte sich im vorigen Jahr der Diktatur angeschlossen und wurde dafür mit Ministerposten belohnt. Ihre Vertreter übernahmen die Ressorts für soziale Fürsorge, Arbeit, Erziehung, Handel und Presse. Sie benutzen eine sozialistische Terminologie und bestimmten Papadopoulos, bis zum Anfang dieses Jahres, einen "linken Kurs" zu steuern. Durch eine Tageszeitung, die "Nea Politia", versuchten die "neuen Männer", den Staatsstreich mit einer "Ideologie" zu verbrämen, deren neofaschistische Prägung nicht zu übersehen ist. Diese Gruppe plädierte auch für die Bildung zweier Staatsparteien - die sich in der Praxis schwerlich voneinander unterscheiden hätten - und für ein neues politisches Leben, natürlich im Rahmen der undemokratischen Verfassung der Junta. Papadopoulos glaubte, dass diese Richtung ihm den Anschein einer Bewegung geben und unter Umständen sozialistisch gesinnte Bürger zu Anhängern der Junta machen würde.

Einer der extremsten Vertreter dieser Linie war der Generaldirektor für Presse und Information, Stamatopoulos, der in fanatischer Weise, die den griechischen Sitten ganz fremd ist, die Verleumdung als Quintessenz der Pressearbeit predigte. Der Chef der Junta versuchte monatelang den Eindruck zu erwecken, als identifiziere er sich mit der "Ideologie" der "Linksgerichteten". Damit forderte er die scharfe Reaktion des Grosskapitals heraus, von dem er völlig abhängig ist und für dessen Kontrolle er keine eigene wirtschaftliche Konzeption hat, und den Widerstand der rechtsradikalen Kräfte, die

durch die "neuen Männer" ihre eigenen Interessen gefährdet sahen. So dauerte die Idylle nicht lange, und Papadopoulos kehrte eiligst in sein angestammtes Lager zurück. Stamatopoulos wurde, nachdem er der Junta seine ohnehin nicht sehr bedeutenden Dienste gewidmet hatte, von Papadopoulos entlassen und ging damit den Weg aller Opportunisten. Seine Kollegen werden ebenfalls aus dem Militärkabinett verdrängt werden und das Regime wird wieder ohne Abweichung auf die Linie der Reaktion einschwenken.

Daß Papadopoulos seinen "richtigen" Kurs wiedergefunden hat, zeigt die Erklärung, die er vor einigen Tagen vor 18 westeuropäischen Wirtschaftsjournalisten, die Griechenland bereisen, in Athen abgab. Mit der schönen Unbefangenheit des Diktators kündigte er an, dass keine Wahlen in Griechenland stattfinden würden, da dies zu der gleichen Situation führen könnte, wie sie vor dem Putsch bestand. Ein deutliches Eingeständnis der Tatsache, dass das Volk ihn und sein Regime ablehnt, hätte er nicht machen können! Papadopoulos fügte hinzu, dass diejenigen Artikel seiner Verfassung - die von ausländischen Experten als undemokratisch und unfreiheitlich bezeichnet werden - die die Bürgerrechte garantieren, weiterhin auf unbestimmte Zeit suspendiert bleiben werden. Damit gab Papadopoulos eine Antwort auf den Beschluss des Europarats vom 30. Januar 1969 in dem er offenbarte, dass für ihn, wie für seinen Komplizen Pattakos, der Europarat nicht mehr bedeutet, "als eine Mücke auf dem Horn eines Stiers".

Das griechische Volk hat diese "Ehrlichkeit" von Papadopoulos nicht überrascht. Es hat dem Diktator nie geglaubt. Es fragt sich nur, ob den gutwilligen oder Naiven Leuten im Ausland, die von Papadopoulos erwarteten, dass er die demokratischen Verhältnisse wiederherstellen werde, nun endlich die Augen aufgehen. Die richtige Antwort gab die konservative Verlegerin Frau Vlachou, die heute in London im Exil lebt, als sie noch in Griechenland unter Hausarrest stand: "Papadopoulos? Er ist ein ehrloser Mensch. Er hat mir sein Ehrenwort als Offizier gegeben, dass er die Pressezensur aufheben wird, und er hat es nicht gehalten."